

Foders, Federico; Glismann, Hans H.

Article — Digitized Version

Wirtschaftskrise in Argentinien: eine Analyse der langfristigen Ursachen

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Foders, Federico; Glismann, Hans H. (1985) : Wirtschaftskrise in Argentinien: eine Analyse der langfristigen Ursachen, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 166-182

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1303>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftskrise in Argentinien – Eine Analyse der langfristigen Ursachen

Von Federico Foders und Hans H. Glismann

Die wirtschaftliche Verfassung Argentinien ist in den achtziger Jahren wiederholt in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit geraten. Die internationale Verschuldungskrise der Entwicklungsländer im Jahre 1982 sah Argentinien – nach Mexiko und Brasilien – an dritter Stelle der mit Zahlungsunfähigkeit kämpfenden Länder der Dritten Welt. Die Preissteigerungsraten Argentinien erreichten Höhen von über 1 000 vH im Jahr; auch in dieser Hinsicht gehörte Argentinien, neben Bolivien und Israel, zu den Spitzenreitern. Hinsichtlich der staatlichen Haushaltsdefizite hatte Argentinien ebenfalls eine Spitzenstellung inne: Diese betragen in den achtziger Jahren 10-15 vH des Bruttoinlandsprodukts (zum Vergleich: Bundesrepublik etwa 2 vH; Vereinigte Staaten etwa 5 vH)¹. Im Verlauf der achtziger Jahre ging die Investitionstätigkeit kräftig zurück; der Anteil der Investitionen am Bruttoinlandsprodukt belief sich im ersten Halbjahr 1984 nur noch auf 8 vH gegenüber 23 vH im Jahre 1980. Das reale Pro-Kopf-Einkommen sank im Zeitraum 1980-1983 um insgesamt gut 12 vH.

Um diese Situation nachhaltig zu verbessern, hat die argentinische Regierung am 14. Juni 1985 eine Reihe von Maßnahmen zur "Reaktivierung der Wirtschaft" bekanntgegeben. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich im wesentlichen um einen Preis- und Lohnstopp, um die Einführung einer neuen (auf der Basis der alten, um 15 vH abgewerteten) Währung, um die verschärfte Diskriminierung des Außenhandelssektors und um eine Senkung der Nominalzinsen. Danach sind die wirtschaftlichen Probleme Argentinien vor allem in zu rasch steigenden Preisen und Löhnen, in einem schlechten Image des argentinischen Peso sowie in zu hohen Nominalzinsen zu sehen. Neueren Analysen zufolge sind die unmittelbaren Ursachen der Krise jedoch tiefer angelegt²: Die Inflation ist (auch) eine Folge der Haushaltsdefizite; die Investitionsschwäche hängt mit Preisverzerrungen und mit künstlich herbeigeführten Ungleichgewichten auf dem Kapitalmarkt³ zusammen; die chronischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten gehen auch auf eine Wirtschaftspolitik zurück, die (nicht-traditionelle) Exportaktivitäten diskriminiert; und der Peso leidet, abgesehen von seiner notorischen Überbewertung, an dem praktizierten System multipler Bewertung gegenüber ausländischen Währungen – je nachdem, ob es sich um landwirtschaftliche oder andere Transaktionen handelt.

Wirtschaftliche Probleme hat Argentinien nicht erst in jüngerer Zeit. Wie Tabelle 1 zeigt, sinkt die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts seit über 70 Jahren; in der Periode kräftiger weltwirtschaftlicher Expansion nach 1950 erreichte Argentinien nicht einmal die relativ schwache wirtschaftliche Dynamik der Kriegs- und Krisenzeit zwischen 1913 und 1950. Soweit es sich zurückverfolgen läßt, gilt Vergleichbares für die Investitions- und Exporttätigkeit. Damit ergibt sich die Frage, ob die Wurzeln der gegenwärtigen Misere

¹ International Monetary Fund, International Financial Statistics. Washington, Mai 1985.

² Juergen B. Donges, Kann die argentinische Wirtschaft gesunden? Vorschläge zur Überwindung einer Krise. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 110, Kiel, Juni 1985.

³ Bernhard Fischer, Ulrich Hiemenz, Peter Trapp, Argentina - The Economic Crisis in the 1980s. Kieler Studien, 197, Tübingen 1985.

Tabelle 1 - Wachstum, Investitionen und Exporte Argentiniens 1870-1983 (vH)

	1870-1913	1913-1950	1950-1983
Bruttoinlandsprodukt ¹	5,1	3,0	2,6
Investitionsquote ²	42,1 ³	24,5	21,9
Exportquote ⁴	22,5	16,6	8,5

¹ Durchschnittliche jährliche Änderungsraten des BIP zu Preisen von 1960. - ² Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. - ³ Ab 1900. - ⁴ Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Banco de Análisis y Computación, Relevamiento Estadístico de la Economía Argentina, 1900-1980. Buenos Aires 1982. - International Labour Organization, Yearbook of Labour Statistics. Genf, lfd. Jgg. - IMF, International Financial Statistics, Washington, lfd. Jgg. - Brian R. Mitchell, International Historical Statistics, The Americas and Australasia, London 1983. - Vicente Vázquez-Prese do, Estadísticas Históricas Argentinas, Bd. I und II., Buenos Aires 1971 und 1976. - Eigene Schätzungen und Berechnungen.

Argentiniens nicht ebenfalls weiter zurückliegen. Wäre dies der Fall, dann müßte eine (Wirtschafts-)Reform in Argentinien weniger an den Symptomen ansetzen, als vielmehr an strukturellen Gegebenheiten, d.h. auch an eingefahrenen gesellschaftlichen Verhaltensweisen.

Die Entwicklung seit 1865

Die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens unterscheidet sich von derjenigen anderer Länder in mehrfacher Hinsicht: Das gesamtwirtschaftliche Wachstum verlangsamte sich im Zeitablauf, vor allem auch im Vergleich zu seinen lateinamerikanischen Nachbarländern, insbesondere Brasilien und Mexiko⁴. Das Land unterscheidet sich von anderen Entwicklungsländern, da seine Ausstattung mit Produktionsfaktoren in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht eher derjenigen eines höher entwickelten Landes entspricht: Nahrungsmittelengpässe, Analphabetentum und größere gesundheitliche Mißstände, wie hohe Kindersterblichkeit, sind kaum je in nennenswertem Umfang aufgetreten. Im Gegenteil: Die reichliche Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen (landwirtschaftliche Rohstoffe) wie auch der bis in die sechziger Jahre hinein anhaltende Zustrom von Humankapital und unternehmerischen Talenten⁵ hätte dem Land, tradiert der Wachstumstheorie zufolge, eigentlich einen Wachstumsvorsprung sichern müssen.

Schaubild 1 zeigt die Wachstumsphasen der argentinischen Wirtschaft. Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts weist seit etwa 1880 bis in die dreißiger Jahre hinein regelmäßige Schwingungen von rund 17-20 Jahren auf. Die Amplituden dieser "langen Wellen der Konjunktur" nehmen im Zeitablauf ab; seit Mitte der dreißiger Jahre sind wirtschaftliche Wechsellagen kaum mehr auszumachen.

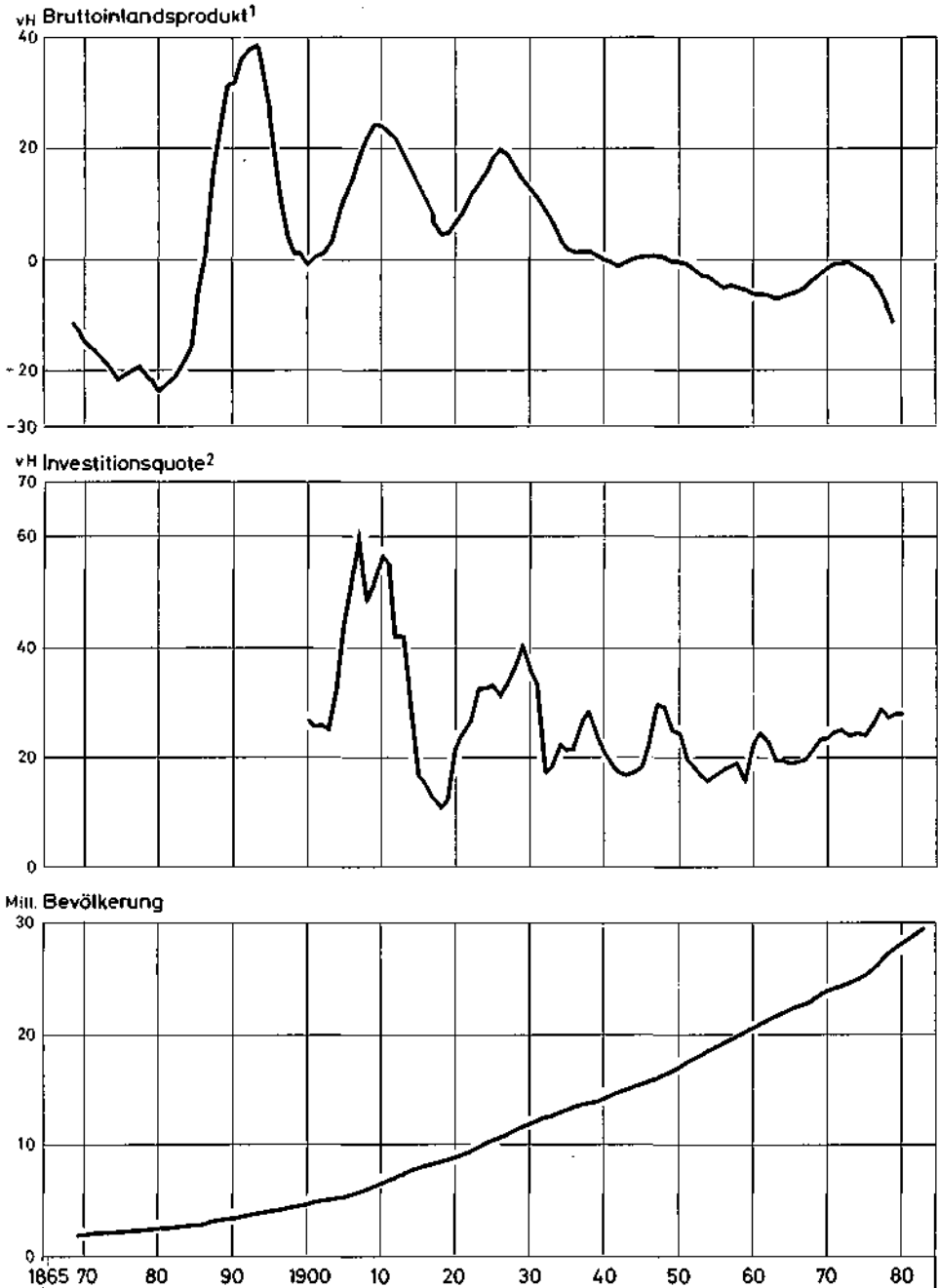
Die Investitionstätigkeit - für die Daten erst ab 1900 vorliegen - sank von einem außerordentlich hohem Niveau um 1910 auf ein seither nicht wieder zu beobachtendes niedriges Niveau zum Ende des Ersten Weltkriegs. Expansions- und Kontraktionsphasen stimmen weitgehend - berücksichtigt man die unterschiedlichen Berechnungsverfahren - mit denen

⁴ Carlos F. Díaz-Alejandro, No Less Than One Hundred Years of Argentine Economic History, Plus Some Comparisons. Economic Growth Center, Yale University, Center Discussion Paper No. 392, New Haven, Januar 1982.

⁵ Carlos F. Díaz-Alejandro, Essays on the Economic History of the Argentine Republic. New Haven 1970, S. 214 ff.

Schaubild 1

Langfristige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Investitionsquote und der Bevölkerung Argentiniens



¹ Abweichungen des gleitenden Neunjahresdurchschnitts vom Trend des realen Bruttoinlandsprodukts (Trendfunktion: $\ln \text{BIP} = 5,79 \cdot 0,0361 t$). - ² Bruttoinvestition in vH des realen Bruttoinlandsprodukts (jeweils zu Preisen von 1960).



des Bruttoinlandsprodukts überein (vgl. Schaubild 1). Zwei Merkmale unterscheiden sich jedoch: Die Investitionsquote steigt tendenziell wieder seit Ende der fünfziger Jahre, ohne einen entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Aufschwung in Gang gesetzt zu haben; außerdem ist der Verlauf der Investitionstätigkeit seit den dreißiger Jahren weitaus instabiler als derjenige des Bruttoinlandsprodukts.

Im folgenden sollen einige Hypothesen, die zur Erklärung der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung in Argentinien beitragen können, dargestellt und empirisch überprüft werden. Insbesondere geht es dabei um die Hypothese von den Verteilungskonflikten, um die Inflationshypothese, die Weltmarkthypothese und um die Hypothese von der politischen Instabilität.

Erklärungsansätze für die langfristige Entwicklung Argentinien

Die Hypothese von den Verteilungskonflikten

Die Hypothese, daß langfristige Konjunkturbewegungen in den Industrieländern eine Folge zu- und abnehmender Intensität von Verteilungskämpfen zwischen großen gesellschaftlichen Gruppen sind, ist in jüngerer Zeit herangezogen worden, um die Wachstumsschwäche der siebziger Jahre zu erklären⁶. Im Fall Argentinien können vor allem zwei Arten von Verteilungskonflikten unterschieden werden: derjenige zwischen Gewerkschaften und Unternehmen einerseits und derjenige zwischen der Bürokratie und dem produktiven Sektor andererseits. Die erste Hypothese lautet, daß sich jede Änderung (Verbesserung, Verschlechterung) der relativen Position einer Seite, wie bei einem Nullsummenspiel, umgekehrt für die Gegenseite auswirkt. Werden z.B. Lohnerhöhungen durchgesetzt, die über dem Produktivitätsfortschritt liegen, so wird die Rentabilität von Kapitalinvestitionen verringert. Ist im Ausgangspunkt einer solchen Situation das Grenzprodukt der Arbeit geringer oder gerade gleich dem Reallohniveau, dann wirken sich derartige Einkommensverbesserungen negativ auf die Beschäftigung aus. Sinkende Gewinne führen zu niedrigeren Investitionen, mit der Folge, daß schließlich auch das Sozialprodukt langsamer wächst.

Die zweite Verteilungshypothese betrifft die Ausbeutung des produktiven Sektors durch die staatliche Bürokratie. Bürokratische Ausbeutung findet z.B. statt, wenn der Staat Protektion irgendwelcher Art anbietet, d.h., wenn er den Zugang zu den Märkten erschwert. Entsteht daraufhin ein Markt für Protektion, so werden ebenfalls in anderen Bereichen immer mehr Ressourcen dem Wettbewerb entzogen und weniger produktiven Verwendungen zugeführt. Geht man davon aus, daß ein im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum optimales Niveau der Produktion von öffentlichen Gütern durch den Staat existiert, dann

⁶ Hans H. Glismann, Horst Rodemer, Frank Wolter, Zur Natur der Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse langer Zyklen der wirtschaftlichen Entwicklung. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 55, Kiel, Juni 1978. – Ähnliche Hypothesen wurden bereits von Karl Marx/Friedrich Engels und deren Anhängern, so unlängst von Ernest Mandel, diskutiert und auch von nichtmarxistischen Autoren, wie Mancur Olson, wiederaufgegriffen. Während Marxisten die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen, untersuchen nichtmarxistische Ökonomen Verteilungskämpfe zwischen organisierten Interessengruppen, beispielsweise zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, zwischen Unternehmern, zwischen Konsumenten und Produzenten, zwischen organisierten und nichtorganisierten Arbeitnehmern und zwischen der staatlichen Bürokratie und privaten Produktionsfaktoren. – Karl Marx, Friedrich Engels, *Manifest der Kommunistischen Partei (1848)*. In: Marx-Engels III: Studienausgabe. Geschichte und Politik. Frankfurt a. M. 1966, S. 59-87, sowie Karl Marx, *Das Kapital*. Erster Band, vierte, von F. Engels durchgesehene und herausgegebene Aufl., Hamburg 1890, S. 226 ff. – Ernest Mandel, *Long Waves of Capitalist Development. The Marxist Interpretation*. Cambridge 1980. – Mancur Olson, *The Rise and Decline of Nations*. New Haven 1982.

kann jede Abweichung von diesem Optimum als wachstumshemmend angesehen werden. Ob das staatliche Angebot an Gütern und Diensten unter Wachstumsaspekten zu hoch oder zu niedrig ist, läßt sich empirisch überprüfen. Ist dieses Angebot zu niedrig, so wird mit einer Ausweitung (Minderung) der Staatstätigkeit eine Zunahme (Abnahme) des wirtschaftlichen Wachstums verbunden sein; ist dagegen dieses Angebot zu hoch, wird mit einer Ausweitung (Minderung) der Staatstätigkeit das Wachstum abnehmen (zunehmen). Fraglich ist allerdings, wie die Staatsaktivität gemessen werden soll⁷; sie besteht nicht nur aus Erhebungen von Steuern, Aufnahmen von Krediten und der Ausgabentätigkeit, sondern auch u.a. aus Gesetzgebung, offenen und versteckten Subventionen und öffentlichen Unternehmen. Obwohl die Staatsausgaben das gesamte Wirkungsspektrum des Staates schwerlich erfassen, kann man vereinfachend unterstellen, daß die Entwicklung der "Staatsquote" mit der Entwicklung der gesamten staatlichen Aktivität positiv korreliert ist⁸.

Verteilungskonflikte zwischen Gewerkschaften und Unternehmern Argentiniens lassen sich bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückverfolgen, in die Zeit der großen Einwanderung aus Europa, als die ersten Gewerkschaften gegründet wurden. Die Bedeutung der Arbeitnehmerorganisationen nahm mit der Industrialisierung zu, d.h. besonders ab 1930, als die Wirtschaftspolitik verstärkt auf Importsubstitution setzte. Die Industrialisierung bot der Gewerkschaftsbewegung günstige Voraussetzungen, vor allem wegen der hohen Arbeiterkonzentration in den wenigen Industriezentren des Landes. Seit etwa Mitte der vierziger Jahre wurden die Gewerkschaften zu einem wichtigen politischen Instrument, als dem zentralen Gewerkschaftsdachverband die Verwaltung aller Mitgliedsbeiträge übertragen wurde. In vielen Betrieben war die Gewerkschaftsmitgliedschaft obligatorisch. Der relativ hohe Organisationsgrad der Arbeitnehmer, gekoppelt mit der wirtschaftlichen Stärke dieses Apparats, sicherte den Gewerkschaften Einfluß auf die Wirtschaftspolitik.

Was die zweite Verteilungshypothese anlangt, so sind Konflikte durch staatliche Eingriffe auf den Wirtschaftsprozess in der argentinischen Wirtschaftsgeschichte zahllos. Als Beispiele können die Verstaatlichung von (überwiegend ausländischen) Unternehmen, die radikale Umverteilungspolitik unter Perón sowie die zunehmende Verdrängung privater Aktivitäten durch einen kräftig steigenden Anteil des Staates dienen: Etwa seit der Unabhängigkeit von Spanien im Jahre 1810 waren es in erster Linie durchweg Ausländer und ausländische Firmen, von denen unternehmerische Impulse in den meisten Wirtschaftsbereichen ausgingen. Der in den dreißiger Jahren in Argentinien aufkommende Nationalismus⁹, der sich gegen die Dominanz ausländischer Firmen richtete, führte in den vierziger Jahren zur Verstaatlichung von sogenannten Schlüsselindustrien, die sich vordem in britischem und nordamerikanischem Besitz befanden. Die Anzahl und Größe der betroffenen Firmen haben seitdem den Staat zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor gemacht, in der verarbeitenden Industrie wie im Dienstleistungsbereich¹⁰. Entsprechend sank auch im Industriebereich die von Ausländern ausgehende unternehmerische Dynamik.

Neben dieser nationalistischen Ordnungspolitik wurde eine Einkommenspolitik verfolgt, die auf eine radikale Umverteilung abzielte. Von einer solchen Politik, die auf Verteilungsge-

⁷ Kriterien für eine Bewertung der vom Staat angebotenen Güter und Dienste finden sich bei Roland Vaubel, *Die deutschen Staatsausgaben. Wende oder Anstieg ohne Ende?* Ordo, Bd. 35, 1984, S. 3-19. – Vgl. auch Konrad Littmann, *Definition und Entwicklung der Staatsquote.* Göttingen 1975.

⁸ Hugo Dicke, Peter Trapp, *Zur Ertragskraft von öffentlichen und privaten Investitionen.* Die Weltwirtschaft, 1985, H. 1, S. 70 ff.

⁹ Laura Randall, *An Economic History of Argentina in the Twentieth Century.* New York 1978.

¹⁰ Ebenda.

rechtigkeit und nicht auf das Leistungsprinzip setzte¹¹, wurde eine Ankurbelung der Konsumgüternachfrage und schließlich ein starker Aufschwung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität erwartet. Statt dessen wurde durch diese Politik die Forderung von Interessengruppen, zu deren stärksten die Gewerkschaften gehörten, nach einem immer höheren Anteil am Volkseinkommen institutionalisiert. Seitdem spielen etwa Produktivitätsfortschritte bei Lohnverhandlungen kaum eine Rolle. Die staatliche Umverteilungspolitik wurde – anders als in den Industrieländern – nicht über Transferzahlungen, sondern über die Beeinflussung von Lohnverhandlungen, teilweise durch direkte Festsetzung der Einkommen im staatlichen Sektor und über eine massive Unterstützung der verarbeitenden Industrie mit Steuererleichterungen, günstigen Krediten, Preiskontrollen für landwirtschaftliche Erzeugnisse (“wage goods”), hohen Zollmauern und einem überbewerteten Wechselkurs für Vorleistungsimporte verwirklicht.

Aus dem Verlauf der Investitionstätigkeit (Schaubild 1) und der Verteilungsindikatoren (Schaubild 2) kann die Wirkung dieser Wirtschaftspolitik veranschaulicht werden. Auffallend ist der drastische Rückgang der Investitionsquote seit etwa 1910, der zur anhaltenden Wachstumsschwäche der argentinischen Wirtschaft seit Mitte der zwanziger Jahre beigetragen haben dürfte. Anders gewendet: Es hat sich seit dieser Zeit mehr gelohnt zu konsumieren als zu sparen oder zu investieren. Daß die relativ sinkende Investitionstätigkeit einen Teil des Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten erklären kann, belegen auch die Ergebnisse der Regressionsschätzungen über den Zusammenhang zwischen der Investitionsquote und der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts; die erste Regressionsgleichung (Tabelle 2) zeigt, daß der Koeffizient der Investitionsquote einen signifikanten, positiven Wert annimmt.

Eine solche Entwicklung kann grundsätzlich zwei Ursachen haben: Entweder war die steigende Konsumquote eine Folge der Einkommensumverteilung in den dreißiger Jahren und danach, oder aber die Investitionsrendite ging aus anderen Gründen zurück und machte den Konsum und die Kapitalflucht lohnender. In beiden Fällen kommt es zu einer Verwendung stets höherer Anteile des (stagnierenden) Sozialprodukts für Konsumzwecke. Betrachtet man die Lohn- und Produktivitätsentwicklung (Schaubild 2) als Indikator für Einkommensverschiebungen und Lohnkosten, so zeigt sich, daß im Zeitraum 1919-1947 der Reallohnzuwachs weit über dem Produktivitätsfortschritt lag. Nach 1947 hat sich die Lücke zwischen Reallohn und Produktivität, zunächst langsam, verringert; noch bis etwa 1956 herrschte ein hoher Reallohn. Nach 1956 trat eine Wende ein; die Reallohnposition ging deutlich zurück, besonders nach 1974, als die Reallöhne als Folge der galoppierenden Inflation drastisch sanken¹². Der Reallohnverfall in der Größenordnung von 70 vH in den Jahren 1974-1978 übertrifft alle bisherigen Erfahrungen mit hyperinflationären Bedingungen in anderen Ländern¹³. Er wird darauf zurückgeführt, daß 1976 die neue Regierung einen Lohnstopp verfügte, ohne jedoch die Preissteigerung in den Griff zu bekommen. Entgegen allen Erwartungen hat diese drastische Reduzierung der Lohnkosten keinen Aufschwung gebracht. Dies mag mit einer bislang wenig beachteten Asymmetrie zusammenhängen: Zwar wirken hohe Reallöhne und niedrige Gewinne investitionshemmend, aber niedrige Reallöhne alleine genügen nicht immer, um die Investitionstätigkeit zu beleben. In dieser für

¹¹ Die Partei Peróns nannte sich *Partido Justicialista*, d.h. soziale Gerechtigkeits-Partei.

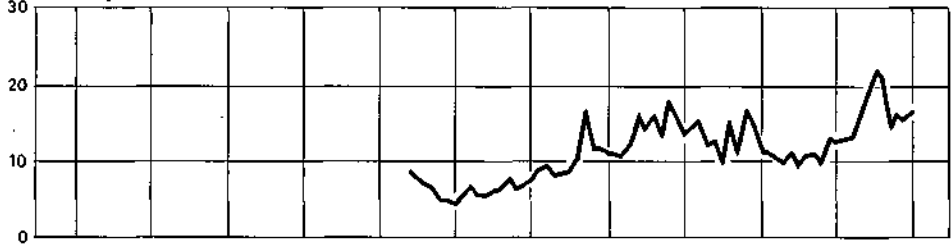
¹² Martin Paldam, *The Dynamics of Prices and Wages in Eight Latin American Countries 1946-1982*. Memo 1985-5, Aarhus University, Aarhus 1985.

¹³ Peter Bernholz, *Advanced Inflation in Latin America and Currency Reform: Economic and Political Problems*. Referat auf der Jahrestagung der European Public Choice Society in Alcalá de Henares, Spanien, April 1985.

Schaubild 2

Staatsausgaben und Lohnkosten in Argentinien

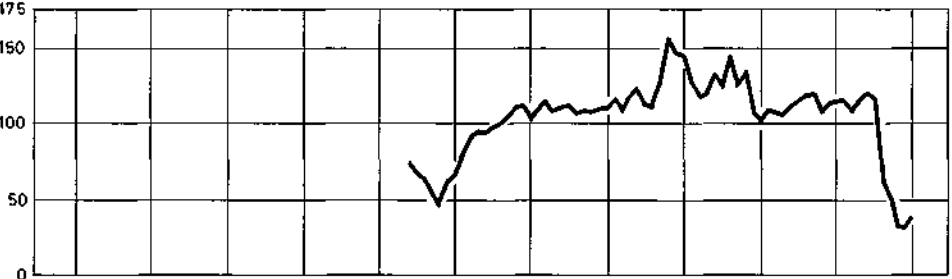
vH Staatsquote¹



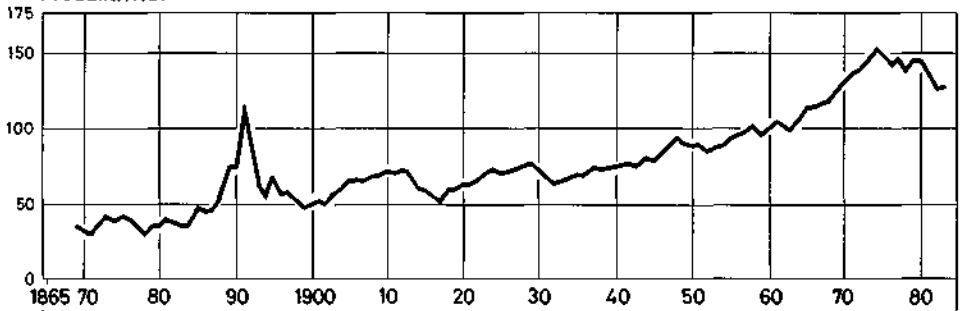
Unternehmereinkommen²



1960=100 Reallohn



Produktivität³



¹Staatsausgaben in vH des Bruttoinlandsprodukt (jeweils zu Preisen von 1960). - ²Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (minus indirekte Steuern plus Subventionen) in vH des Bruttoinlandsproduktes (jeweils zu Preisen von 1960). - ³Reales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner.



Tabelle 2 - Determinanten der langfristigen Wirtschaftsentwicklung Argentiniens
1914-1978¹

Gleichung	Konstante	INV	REL	AST	CPI	MX	IW	\bar{R}^2
1	-1,43 (3,89) -	0,07 (4,54) 100	-	-	-	-	-	0,23
2	-0,40 (0,77) -	0,07 (4,87) 64	-0,01 (2,73) 36	-	-	-	-	0,31
3	0,09 (0,25) -	0,06 (5,47) 43	-	-0,12 (7,09) 57	-	-	-	0,57
4	0,27 (0,64) -	0,07 (5,50) 42	-0,003 (0,78) 6	-0,12 (6,21) 52	-	-	-	0,57
5	-1,50 (4,27) -	0,08 (5,07) 65	-	-	-0,6x10 ⁻⁵ (2,72) 35	-	-	0,31
6	0,57 (1,43) -	0,07 (6,56) 34	-0,01 (2,76) 19	-0,08 (4,00) 25	-0,7x10 ⁻⁵ (3,31) 22	-	-	0,63
7	-2,69 (9,44) -	0,05 (4,51) 34	-	-	-	0,07 (8,83) 66	-	0,66
8	-1,22 (2,00) -	0,06 (5,37) 30	-0,005 (1,30) 10	-0,04 (1,97) 15	-0,4x10 ⁻⁵ (2,01) 15	0,04 (3,67) 30	-	0,69
9	-0,19 (0,56) -	0,06 (4,81) 42	-	-	-	-	-3,00 (6,67) 58	0,55
10	-0,19 (0,24) -	0,06 (5,75) 29	-0,008 (1,93) 14	-0,04 (1,68) 11	-0,5x10 ⁻⁵ (2,50) 17	0,02 (1,48) 14	-1,20 (2,07) 15	0,71

¹ Zahl der Beobachtungen: 65. Unter den geschätzten Koeffizienten der einzelnen Variablen sind die t-Werte (in Klammern) und die prozentualen β -Gewichte angegeben. Die Schätzungen sind durchweg autokorreliert; Signifikanz und Vorzeichen der Koeffizienten erwiesen sich allerdings bei alternativen Schätzverfahren als stabil. Bei 5 vH Irrtumswahrscheinlichkeit beträgt der kritische t-Wert 1,67 (bei 10 vH Irrtumswahrscheinlichkeit 1,30). Abhängige Variable: reales Bruttoinlandsprodukt, als Abweichung eines gleitenden Neunjahresdurchschnitts vom exponentiellen Trend. Unabhängige Variablen: INV (Investitionsquote); REL (Reallohnindex); AST (Staatsquote); CPI (Verbraucherpreisindex); MX (Außenhandelsquote); IW (Anzahl der Regierungswechsel).

Quelle: Vgl. Tabelle 1. - Eigene Berechnungen.

Argentinien sehr instabilen Situation mögen die Zukunftserwartungen eine Rolle gespielt haben. Die Unternehmer dürften nach der verhältnismäßig ausgedehnten Periode der Hochlohnpolitik den plötzlichen Reallohnverfall nicht für dauerhaft gehalten und deshalb eine abwartende Haltung eingenommen haben. Investoren ziehen oft graduelle den abrupten Änderungen vor.

Der Anteil der Residualeinkommen (Nichtlohneinkommen) am Inlandsprodukt stellt das Spiegelbild der Reallohnposition dar. Auch diese Quote beschreibt das oben erwähnte Tief

der Residualeinkommen in den vierziger und fünfziger Jahren, das bei der Investitionsschwäche dieser Zeit eine wichtige Rolle gespielt haben mag. Zu vermuten ist, daß die realisierte Lohnquote weit über derjenigen lag, die durch die Produktivitätsentwicklung gerechtfertigt gewesen wäre. Auch eine Regressionsanalyse bestätigt dies (Tabelle 2, Gleichung 2): Die Lohnvariable weist einen statistisch gesicherten negativen Koeffizienten auf. So gesehen kann der Erfolg der organisierten Arbeitnehmer bei der Durchsetzung von Lohnforderungen als einer der Gründe für Rückschläge im Industrialisierungsprozeß Argentiniens interpretiert werden. Vom Ergebnis her betrachtet gab es offenbar einen ungelösten Zielkonflikt zwischen Lohn- und Industrialisierungspolitik: Die Entwicklung der Lohnkosten dämpfte die von der Importsubstitution abgeleiteten Gewinnerwartungen.

Gemessen an den Staatsausgaben nahm der Einfluß des Staates auf die argentinische Volkswirtschaft schon seit 1920 zunächst deutlich zu (Schaubild 2). In den Jahren 1944-1958 verharrte die Staatsquote auf hohem Niveau und stieg dann in den siebziger Jahren noch einmal kräftig an. D.h., daß zeitweise eine sinkende Lohnquote mit einem Anstieg der Staatsquote einherging. Dies weist darauf hin, daß die seit Mitte der sechziger Jahre wieder langsam zunehmende Investitionsquote nicht zuletzt auf steigende Staatsaktivität zurückzuführen ist und weniger auf eine Wiederbelebung der privaten Investitionen. Die hohe Signifikanz, das negative Vorzeichen wie auch das vergleichsweise hohe Gewicht der Staatsquote in Regressionsgleichungen 3 und 4 (Tabelle 2) lassen nicht nur darauf schließen, daß der Staatsanteil in Argentinien im Untersuchungszeitraum zu hoch war. Sie geben auch, insbesondere wegen des geringen Gewichts der Reallohnvariablen in Gleichung 4, Anlaß zu der Vermutung, daß die Staatsausgaben gleichzeitig die Einkommensentwicklung im öffentlichen Sektor wiedergeben und somit deutlicher als der Reallohnindex den Einfluß der Umverteilungspolitik aufzeigen.

Die Inflationshypothese

Zwei Aspekte von Preissteigerungen sind für die wirtschaftliche Aktivität von Bedeutung: die Höhe und die Variabilität der Inflationsrate. Hohe Inflationsraten wirken sich negativ auf die Einkommensverteilung und auf die Allokation von knappen Ressourcen aus. Einkommenseinbußen erleiden Wirtschaftssubjekte, die sich nicht oder nur spät an die Preisentwicklung anpassen können; zu diesen zählen u.a. die Sparer. An der Inflation können zunächst nur solche Wirtschaftssubjekte "verdienen", deren Einkommen stärker als die Preise zunehmen. Führt nun die Inflation zu einem Rückgang des Angebots an Sparkapital, so wird immer mehr Kapital produktiven Anlagemöglichkeiten entzogen und für spekulative Zwecke verwendet. Wird die Inflation aus einer lockeren Kreditpolitik gespeist, so stellen sich zusätzlich kreditinduzierte Verzerrungen der relativen Preise ein. Diese kommen dadurch zustande, daß die Kredite nicht gleichmäßig auf alle Wirtschaftssektoren verteilt werden, sondern nur einigen Branchen und jeweils in unterschiedlichem Umfang zur Verfügung stehen. Da dieses Geld Nachfrage nur nach bestimmten Gütern und Diensten begründet, können deren Preise schneller steigen als die Preise der nicht nachgefragten Güter und Dienste. Auf diese Weise verschiebt sich die Preisstruktur mit zunehmendem Kreditangebot¹⁴.

Doch nicht nur die Höhe der Inflation, sondern auch deren Variabilität kann zu einer Fehlallokation von Produktionsfaktoren führen, insbesondere dann, wenn Richtung und Umfang von Änderungen der Inflationsrate nicht vorhersehbar sind. Verzerrungen der relativen Preise, die schon bei voraussehbaren Inflationsraten zu Fehlallokationen führen,

¹⁴ Ludwig von Mises, *The Theory of Money and Credit*. New Haven 1953.

treten erst recht bei unvorhersehbar schwankenden Preissteigerungsraten auf, da die Signalfunktion der Preise geschwächt wird¹⁵. Bei galoppierender Inflation kann es an der Schwelle zur Hyperinflation so zu einer völligen Abkoppelung der Knappheitsverhältnisse von den beobachteten relativen Preisen kommen. In einer solchen Situation sinkt die reale Geldmenge inflationsbedingt, und die Geldpolitik läuft Gefahr, um einen (weiteren) Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität zu vermeiden, erneut expansiv angelegt zu sein¹⁶.

Die Währungsgeschichte Argentiniens kann in zwei Perioden eingeteilt werden, die des Goldstandards und die der Orientierung am US-Dollar. Bis etwa 1875 waren vielfach Gold- und Silbermünzen im Umlauf, die von mehreren Banken ausgegeben wurden. Danach wurde ein bestimmtes Wertverhältnis zwischen beiden Metallen festgesetzt, womit das (spontane) System der Parallelwährungen durch eine gesetzliche Doppelwährung ersetzt wurde. Doch die Einführung des Goldstandards im Jahre 1883 hat dem Land keine Ruhe an der Währungsfront gebracht: Schon zwei Jahre später wurde die Konvertibilität eingeschränkt und nur für internationale Transaktionen (d.h. also: im Handel mit England) beibehalten. Die Auslandskonvertibilität wurde dann während der sogenannten Baring-Krise¹⁷ (1890/91) und wieder von 1914 bis 1927 aufgehoben, bis man 1931 schließlich den US-Dollar als Standard für die heimische Währung wählte. Mit dem Übergang zum US-Dollar (1931) und der Gründung der (zunächst weitgehend privaten) Zentralbank (Banco Central de la República Argentina) war eine (nicht nur institutionelle) Wende in der Geld- und Kreditpolitik verbunden. Wurde in der Zeit des Goldstandards die Verschuldungsbereitschaft des Staates schon durch die häufige Aufhebung der Konvertibilität erhöht, so ist nach Aufgabe des Goldstandards das Haushaltsdefizit ganz aus dem Ruder gelaufen.

Zu den Faktoren, die die inflationäre Geldschöpfung begünstigt haben, gehört die Verstaatlichung der Bankeinlagen (entspricht der Einführung einer Mindestreserve von 100 vH) zwischen 1946 und 1957 und später wieder von 1973 bis 1976. Die Geldschöpfung durch die Zentralbank wurde zunächst zwar auf 25 vH der Gold- und Devisenreserven beschränkt. Sehr bald (1949) wurde diese Restriktion jedoch gelockert, bis schließlich 1957 das Mindestreservesystem eingeführt wurde. Doch diese Maßnahmen reichten nicht aus, um die Geldmengenerweiterung zu bremsen. Die Zentralbank war zum Gehilfen der Fiskal- und Einkommenspolitik geworden.

Schaubild 3 zeigt, daß ein enger Zusammenhang zwischen Geldangebot und Preisentwicklung besteht. Dies überrascht nicht: Die Geldmenge nahm seit etwa 1940 kräftig zu. Zwischen 1957 und 1960 stieg das Preisniveau sogar schneller als das Geldangebot. Es folgte dann wieder eine Periode expansiver Geldpolitik, bis Mitte der siebziger Jahre die Preisentwicklung dreistellige Zuwachsraten erreichte. So betrug die durchschnittliche Preissteigerungsrate in den vierziger und fünfziger Jahren etwa 20 vH; danach nahm die Inflation rasch zu und kam von 1970 an in die Nähe der Hyperinflation. Diese Beobachtungen bestätigen, daß die institutionellen und geldpolitischen Änderungen den Weg für die argentinische Inflation geebnet haben. So gesehen ist die Geld- und Kreditpolitik der letzten Jahre nur eine Spätfolge der seit über 40 Jahren "institutionalisierten" Rolle der argentinischen Zentralbank.

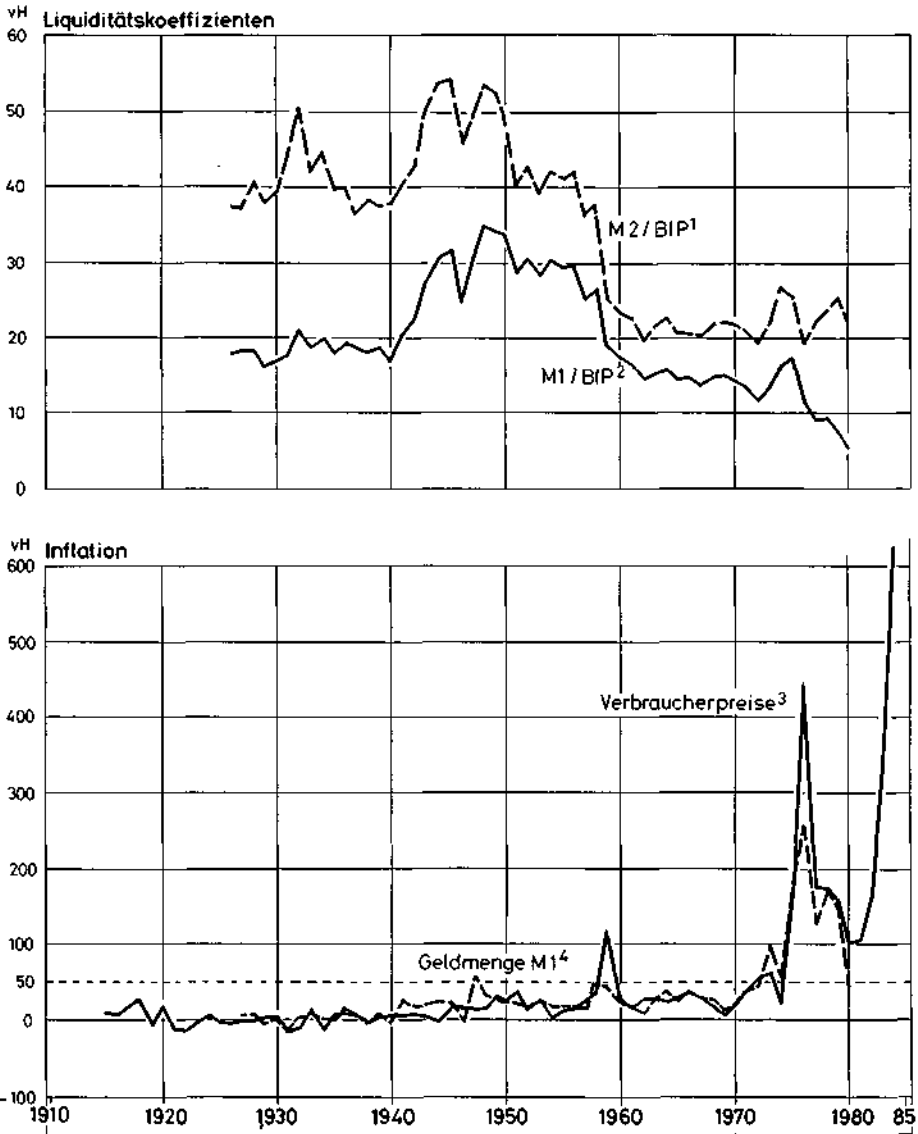
¹⁵ Milton Friedman, *Inflation and Unemployment: The New Dimension of Politics*. The Institute of Economic Affairs, Occasional Paper No. 51, London 1977.

¹⁶ Zu den wachstumsmindernden Auswirkungen der Inflation vgl. auch Karl Helfferich, *Das Geld*. Sechste, neubearbeitete Aufl., Leipzig 1923, insbes. S. 544.

¹⁷ Zu den Einzelheiten der Baring-Krise vgl. Peter Bernholz, *Argentina and the Baring Crisis*. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 140, 1984, H. 4, S. 669-684.

Schaubild 3

Indikatoren zur monetären Entwicklung in Argentinien



¹M2 (Sichteinlagen, Bargeld und Termineinlagen) in vH des Bruttoinlandsprodukts. - ²M1 (Sichteinlagen und Bargeld) in vH des Bruttoinlandsprodukts. - ³Index der Verbraucherpreise (1960 = 100); Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. - ⁴Nominale Geldmenge M1; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.



Die gesamtwirtschaftlichen Liquiditätskoeffizienten der argentinischen Volkswirtschaft (Schaubild 3) zeigen den Effekt einer rapiden Geldentwertung auf die Geldhaltung. Beide Koeffizienten - von M1 (Bargeld und Sichteinlagen) wie auch von M2 (M1 zuzüglich Termineinlagen) in vH des Bruttoinlandsprodukts - sind besonders in der Zeit dreistelliger Inflationsraten drastisch gesunken. Damit wiederholen sich auch in Argentinien die Erfah-

rungen, die in anderen Ländern mit hyperinflationären Preissteigerungen gesammelt wurden¹⁸. Der Abstand zwischen beiden Koeffizienten deutet die steuerähnliche Wirkung der Inflation auf die Ersparnisse an: Die Ersparnisse sind etwa seit 1940 ständig zurückgegangen; in der Zeit von 1959 bis 1975 sind sie aber relativ konstant geblieben. Nach 1975 nahmen sie etwas zu, bedingt durch die von 1976 bis 1980 bestehenden positiven Realzinsen.

Aus der bisherigen Analyse ergibt sich, daß die monetäre Entwicklung grundsätzlich im Einklang mit der Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums steht. Die beim Bruttoinlandsprodukt vor 1930 zu beobachtende Regelmäßigkeit von langfristigen Auf- und Abschwüngen legt die Vermutung nahe, daß es auf die inflationäre Geldpolitik zurückzuführen ist, wenn es nicht auch nach 1930 zu einer erneuten langfristigen Erholung der wirtschaftlichen Aktivität gekommen ist. Die Ergebnisse der multiplen Regressionsanalyse (Tabelle 2, Gleichungen 5 und 6) weisen in die gleiche Richtung. Die Entwicklung der Verbraucherpreise als Ausdruck der Geldpolitik¹⁹ hat, wie erwartet, einen negativen (signifikanten) Einfluß auf das Wirtschaftswachstum. Aus dem Umstand, daß die Einführung dieser geldpolitischen Variablen das Gewicht der Staatsquote deutlich mindert, mag auf die enge Beziehung zwischen Geldschöpfung, Staatsausgaben und Preisentwicklung geschlossen werden.

Die Weltmarkthypothese

Der Außenhandelssektor war bis weit in dieses Jahrhundert hinein der größte Wirtschaftsbereich Argentiniens. Die Ausfuhren allein machten noch um 1870 fast 40 vH des Bruttoinlandsprodukts aus. Abhängigkeit vom Ausland in diesem Umfang hat es kaum jemals in einem Land vergleichbarer Größe gegeben. Für die langfristige Entwicklung Argentiniens dürfte zudem entscheidend gewesen sein, daß seine internationalen Wirtschaftsbeziehungen – hinsichtlich des Warenhandels wie auch des Kapitalverkehrs – stets stark konzentriert²⁰ waren. Bei der Ausfuhr gilt dies sowohl für die regionale Verteilung wie für die gütermäßige Zusammensetzung der Handelsströme. Wichtigster Nachfrager argentinischer Produkte in der Zeit von der Unabhängigkeit bis etwa zum Ende des Zweiten Weltkriegs war das Vereinigte Königreich. Nach dem Ersten Weltkrieg gewannen die Absatzmärkte in den Vereinigten Staaten zunehmende Bedeutung. In den letzten 40 Jahren schließlich wurden die Vereinigten Staaten nach und nach der dominierende Handelspartner, gefolgt von den Ländern Westeuropas, vor allem von Italien (bis 1973, als sich die Handelsbeziehungen mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft wegen der gemeinsamen Agrarpolitik abrupt verschlechterten). Die Regionalstruktur argentinischer Importe entsprach durchweg derjenigen der Ausfuhr; heute sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Lieferant Argentiniens. Eine im Zeitablauf vergleichbare Entwicklung der regionalen Strukturen ist im Fall des Kapitalverkehrs festzustellen.

Der Außenwirtschaftsbereich dürfte damit für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Argentiniens von großer Bedeutung gewesen sein. Unter solchen Bedingungen dürften nachhaltige Störungen dieser Beziehung die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens beeinflussen haben. Zu den herausragenden Änderungen im weltwirtschaftlichen Datenkranz sind sicher-

¹⁸ Bernholz (1985), a.a.O.

¹⁹ Empirische Untersuchungen weisen nach, daß zwischen der Variabilität von Preisindices und der Preisentwicklung ein enger Zusammenhang besteht. Probleme der Multikollinearität schließen eine gleichzeitige Einbeziehung etwa der Standardabweichung des Verbraucherpreisindex aus. Vgl. hierzu Bernhard Heitger, *Bestimmungsfaktoren internationaler Wachstumsdifferenzen*. Die Weltwirtschaft, 1985, H. 1, S. 56 ff.

²⁰ Fukuo Kawata, *Patterns of Export Trade of Argentina and Brazil: A Comparative Study*. Kobe Economic and Business Review, 19th Annual Report, 1972, S. 1-17.

lich die beiden Weltkriege zu zählen sowie die Weltwirtschaftskrise. Ebenso können die Diskriminierungen argentinischer Exporte aus politischen Gründen Einfluß gehabt haben, wie der Boykott durch die Europäische Gemeinschaft im Zuge des Falkland-Konflikts von 1982 oder der Boykott durch die Alliierten während des Zweiten Weltkriegs. Auch werden vor allem in Ländern, die Rindfleisch importierten, nicht-tarifäre Handelsschranken errichtet, so in den Vereinigten Staaten in den fünfziger Jahren (offiziell begründet mit der Gefahr, die Maul- und Klauenseuche zu importieren), und vorübergehend in der Europäischen Gemeinschaft seit 1973.

All diese Ereignisse waren geeignet, starke Bestrebungen in Argentinien auszulösen, um die Risiken im Export zu vermindern – sei es durch eine regionale oder produktspezifische Diversifizierung der Exporte oder durch eine Reduzierung der Importe, etwa aufgrund einer Politik der Importsubstitution. In der Tat kann die Importsubstitution als ein Leitmotiv argentinischer Wirtschaftspolitik seit den dreißiger Jahren angesehen werden²¹. Da Importsubstitution auch bedeutet, daß Produktionsbereiche aufgegeben werden, in denen ein Land internationale Kostenvorteile aufweist und statt dessen Produktionen angeregt werden, in denen es an internationaler Wettbewerbsfähigkeit mangelt, wird eine solche Politik im Regelfall mit Sozialproduktseinbußen verbunden sein. Analoge Überlegungen gelten für eine künstliche Diversifizierung der Exporte.

Mißt man das Ausmaß der Integration Argentiniens in die Weltwirtschaft an dem Anteil, den die Summe aus Exporten und Importen am Bruttoinlandsprodukt ausmacht, so ergibt sich, über den gesamten Untersuchungszeitraum gesehen, ein – wenn auch unstetiger – Trend der weltwirtschaftlichen Desintegration: Der Außenhandelsanteil ist von über 60 vH (um 1870) auf gegenwärtig unter 20 vH gefallen.

Offensichtlich verlief diese Desintegration in vier Phasen. Die erste Phase starker weltwirtschaftlicher Orientierung währte bis etwa 1900; danach, bis etwa 1920, war der durchschnittliche Außenhandelsanteil um fast 20 Prozentpunkte niedriger als zuvor. Im Zeitraum 1920-1950 ist eine deutlich abnehmende Integration zu beobachten; seither hält sich die Außenhandelsquote auf einem Stand von nunmehr knapp 20 vH. Daraus folgt, daß weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg erkennbar zur Desintegration Argentiniens beigetragen haben – es sei denn, es bestünden deutlich verzögerte Wirkungen; letzteres ist eigentlich bei so drastischen Ereignissen, wie die beiden Kriege es waren, kaum zu erwarten. Auch die Weltwirtschaftskrise, deren Tiefpunkt je nach Region zwischen 1929 und 1932 gelegen hat, dürfte den Abschwung in den weltwirtschaftlichen Beziehungen bestenfalls verstärkt, kaum jedoch ausgelöst haben. Ebenso haben sich die Boykotts und die Handelsbeschränkungen – im Vergleich mit den übrigen Instabilitäten – nur in kleineren Desintegrationsbewegungen niederschlagen können.

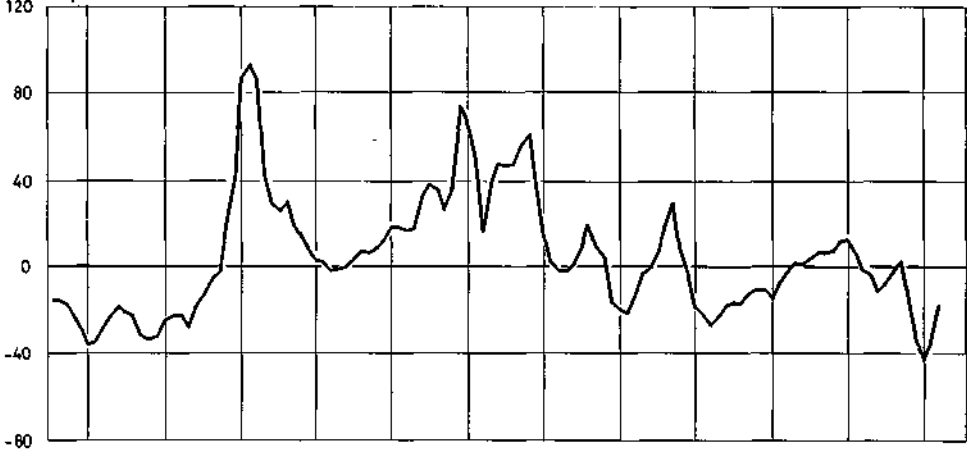
Die Exporte für sich genommen bestätigen die hohe Weltmarktabhängigkeit Argentiniens vor der Jahrhundertwende (Schaubild 4). Die Exporttätigkeit stieg zwischen 1865 und 1891 sehr stark an, sank dann kräftig im Gefolge der Verschuldungs- und Währungskrise Argentiniens in der Zeit um 1890 und erholte sich deutlich nach etwa 1903 – später vermutlich gefördert durch eine zunehmende Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen im Ersten Weltkrieg. Mitte der zwanziger Jahre ging die Bedeutung des Exportsektors kontinuierlich bis in die fünfziger Jahre hinein zurück. Die darauf einsetzende schwache Exportbelebung endete bereits Anfang der siebziger Jahre.

²¹ Federico Foders, Industriegüterexport und Faktorproportionenhypothese. Untersuchung am Beispiel der Exportstruktur Argentiniens. Kieler Studien, 181, Tübingen 1983.

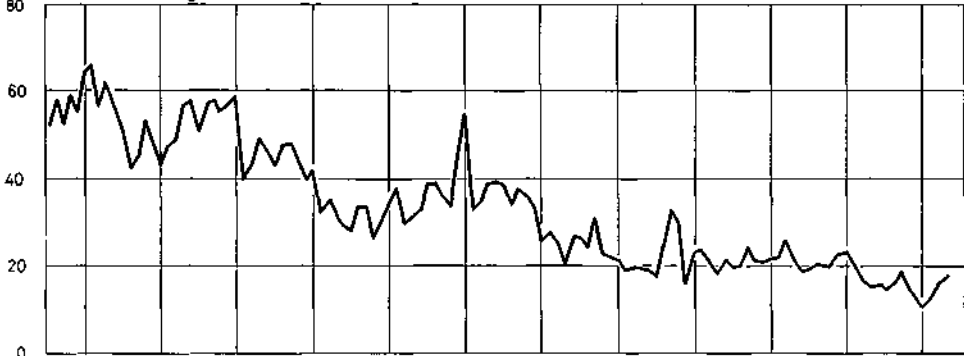
Schaubild 4

Argentinien: Exporte, Weltmarktintegration und institutioneller Wandel

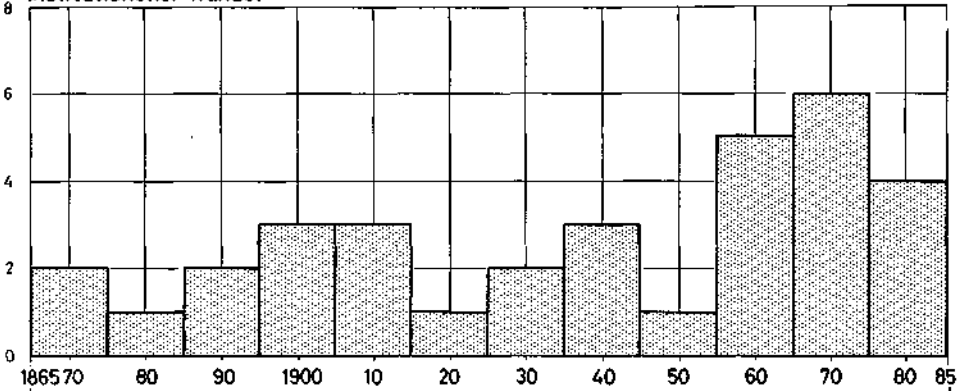
vH Exporte¹



vH Weltmarktintegration²



Institutioneller Wandel³



¹Abweichungen gleitender Dreijahresdurchschnitte vom exponentiellen Trend der Exporte (zu Preisen von 1960) in vH der Trendwerte. - ²Exporte und Importe in vH des realen Bruttoinlandsprodukts. - ³Häufigkeitsverteilung der Regierungswechsel in einer Periode von jeweils 10 Jahren.



Damit bestätigt sich insgesamt gesehen das Ergebnis der Analyse des Integrationsverlaufs: Die zunehmende Wachstumsschwäche Argentiniens ist schwerlich auf außenstehende, weltwirtschaftliche Faktoren zurückzuführen. Ganz offensichtlich gilt dies für den ersten Exporteinbruch nach 1900, der hausgemacht war, und für den Ersten Weltkrieg, der eher exportfördernd wirkte. Etwas unklar ist die Bewertung des Einflusses der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs; beide fielen in eine Periode schon länger andauernden Rückgangs der Exporte, wobei allerdings der Zweite Weltkrieg die Ausfuhren eher stimuliert hat. Die Weltmarkthypothese hat offenbar keine eigenständige Erklärungskraft, wenn man die weltwirtschaftlichen Großereignisse heranzieht. Möglicherweise haben andere für Argentinien handelspolitisch bedeutsame Ereignisse eine Rolle gespielt; so die Konsolidierung des "British Commonwealth" in den zwanziger Jahren, die deshalb mit einem Verlust an Auslandsmärkten für Argentinien einherging, weil es an dem neuen Vertrag nicht teilhaben konnte – obwohl das Vereinigte Königreich nach wie vor der Hauptabnehmer argentinischer Waren war²².

Daß die weltwirtschaftliche "Großwetterlage" keinen nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung der argentinischen Wirtschaft hatte, bedeutet nicht, daß die Außenwirtschaftsbeziehungen unerheblich waren. Im Gegenteil: Die Regressionsschätzungen zeigen, daß die zunehmende Abkoppelung Argentiniens vom Weltmarkt mit drastischen Wachstumseinbußen einhergingen (Tabelle 2, Gleichungen 7 und 8). Dieses Weltmarkt-Paradoxon beschreibt nur scheinbar einen Widerspruch. Argentinien war von Beginn an ein stark außenhandelsorientiertes Land. Die Wirtschaftspolitik zumindest der letzten 60 Jahre war in vielfältiger Weise binnenmarktorientiert. Das verschlechterte die Außenhandelsbeziehungen und mit ihnen das gesamtwirtschaftliche Wachstum (noch Gleichung 7). Die weltwirtschaftliche "Großwetterlage" blieb dabei ohne wesentliche Auswirkungen, die kurzfristigen Exporterfolge im Zuge der Weltkriege sind kaum von Bedeutung gewesen. Inwieweit die Politik der Abkoppelung selbst die außenwirtschaftliche Verwundbarkeit verringerte oder inwieweit diese Politik eine Reaktion auf weltwirtschaftliche Instabilitäten war, bleibt offen.

Die Hypothese von der institutionellen Instabilität

Neuere Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft betonen die überragende Bedeutung des Staates für die wirtschaftliche Entwicklung²³: Der Staat wird als essentiell für Wirtschaftswachstum angesehen, gilt allerdings auch als wesentliche Ursache für den (wirtschaftlichen) Niedergang. Der Staat bietet die Güter Sicherheit und Gerechtigkeit im Austausch gegen Steuerleistungen an, er ermöglicht Diskriminierung, indem er Eigentumsrechte gewährt und garantiert. Erfüllt er diese Aufgaben in zu geringem Maße oder bietet er zuviel an, indem er etwa einen selektiven, nicht an der ökonomischen Effizienz, sondern an der politischen Bedeutung von Interessengruppen orientierten Schutz gewährt, beeinträchtigt er das Wachstum der Wirtschaft.

Anhaltspunkte für institutionelle Änderungen, die wesentlich die Eigentumsrechte und damit die Anreize für wirtschaftliche Leistung beeinträchtigten, sind in der Geschichte Argentiniens zahlreich:

²² Argentinien versuchte, diese Diskriminierung zu kompensieren, indem es mit dem Vereinigten Königreich im Jahre 1933 den sogenannten Roca-Runciman-Vertrag zur Sicherung seiner britischen Absatzmärkte schloß. Dieser Vertrag – 1936 erneuert – änderte nichts am Verlust an Auslandsmärkten. Vgl. auch James R. Scobie, *Argentina – A City and a Nation*. Zweite Aufl., New York 1971, S. 261.

²³ Als pars pro toto vgl. Douglas C. North, *Structure and Change in Economic History*. New York, London 1981, sowie Friedrich A. von Hayek, *The Use of Knowledge in Society*. *The American Economic Review*, Sept. 1945, Vol. 35.1945:4, S. 519-530.

- Gewerkschaften und Staat waren in diesem Jahrhundert mehr und mehr Gewinner im Verteilungskampf. Beide begrenzten wirkungsvoll den Handlungsspielraum des produktiven privaten landwirtschaftlichen und industriellen Sektors. Anhaltspunkte sind die Verstaatlichungen ausländischer Firmen seit den dreißiger Jahren bis zur Gegenwart, die Enteignung von Grundeigentümern im "öffentlichen Interesse" und die staatliche Förderung der Gewerkschaftsbewegung²⁴.
- Die seit jeher in Argentinien äußerst permissive Geldmengenpolitik ist einem ständigen Wechsel von Eigentumsrechten gleichzusetzen. Denn in dem Maß, in dem Eigentum durch Inflation einmal mehr und einmal weniger an Wert verliert, werden Motivation und Antrieb zum Erwerb von dauerhaften Ansprüchen beeinträchtigt. Die individuelle Leistung als Ursache von Vermögenserwerb tritt zurück hinter das spekulative Interesse.
- Häufige und zunehmend unerwartete Regierungswechsel mit oft massiven Änderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind für Investoren gleichzusetzen mit einem durchweg hohen Kalkulationszins: Investitionen müssen unter solchen Bedingungen weit mehr abwerfen als in anderen Ländern, um sich zu lohnen. Auch ausländische Direktinvestoren und Geldanleger reagieren auf politische Risiken.

Von diesen institutionellen Besonderheiten Argentiniens sind die ersten beiden im Zusammenhang mit der Verteilungs- und der Inflationshypothese analysiert worden.

Die Häufigkeitsverteilung der Regierungswechsel zeigt Schaubild 4. Es lassen sich mehrere Perioden ausmachen: Bis etwa 1895 vollzogen sich Regierungswechsel in größeren Abständen, die dann bis 1915 deutlich kürzer wurden. Ungewöhnlich sind die in bezug auf Regierungswechsel stabilen Phasen 1916–1931 und 1946–1955 auf der einen sowie die sehr häufigen Wechsel in den Jahren 1931–1946 und seit 1955 auf der anderen Seite. Mit der Einführung freier Volkswahlen im Jahre 1912 ist offenbar dem politischen Prozeß die formale Stetigkeit genommen worden. Allerdings muß die so gemessene politische Stetigkeit nicht gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Stabilität sein. Hierfür ist die Regierungszeit von Perón (1946–1955) ein Beispiel; sie war gekennzeichnet durch „Devisenbewirtschaftung, bilaterale Clearingabkommen, Preiskontrollen, gelenkte Sozialpolitik, Subventionen, Ausgleichssysteme und Kompensationsphasen ...“²⁵. Die nach 1955 größere politische Instabilität mag für die Investoren ein erhöhtes Risiko bedeutet und zum Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums beigetragen haben; darauf deuten auch die Ergebnisse der Regressions-schätzungen hin (Tabelle 2, Gleichungen 9 und 10). Eine solche Instabilität ist gesamtwirtschaftlich auch deshalb von Nachteil, weil jeder Wechsel und die mit ihm verbundenen institutionellen Änderungen in hohem Maße Ressourcen absorbieren.

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Eine geraffte Wirtschaftsgeschichte Argentiniens der letzten hundert Jahre könnte wie folgt geschrieben werden: Das an agrarischen Rohstoffen reiche Land erlebte ein rasches wirtschaftliches Wachstum bis zu einer ersten großen Wirtschaftskrise um 1890. Im Jahr 1890 hatte eine starke Geldmengenexpansion und der mit ihr verbundene Preisanstieg die Investitionstätigkeit in spekulative Bahnen gelenkt; die Einfuhren überstiegen schließlich die Ausfuhren; Argentinien stellte den Schuldendienst gegenüber ausländischen Gläubigern ein.

²⁴ Zu der Enteignung gehört auch die unvorhersehbare ad-hoc- Aufforderung von Firmen zur unentgeltlichen Hergabe ihrer Produkte für soziale Zwecke in der Regierungszeit Peróns 1943-1955.

²⁵ Roberto T. Alemann, Goldunze, Silberpeso und Papiergeld. 150 Jahre argentinische Währungen. Buenos Aires 1966, S. 84.

Seither nahmen die Integration Argentiniens in die Weltwirtschaft und mit ihr das wirtschaftliche Wachstum ab. Die beiden Weltkriege, die für viele Länder einen „exogenen Schock“ bedeuteten, brachten für Argentinien jeweils eine kurze Erholung der Exporte. Der insgesamt rückläufige Trend im Außenwirtschaftsbereich wiederum mag jene heimische Wirtschaftspolitik begünstigt haben, die auf die Umverteilung von Einkommen abzielte statt auf wirtschaftliche Entwicklung. Steigende Bedeutung der Gewerkschaften, Populismus (Peronismus) wie auch eine Strategie der exzessiven Importsubstitution kennzeichneten die Politik seither. Die Regierung wurde – neben den Gewerkschaften – mehr und mehr der wichtigste Akteur auch in ökonomischen Angelegenheiten. Die in Argentinien ohnehin traditionell laxe Geldpolitik diente jetzt auch dazu, es allen Interessengruppen recht zu tun, scheinbar ohne andere im Verteilungskampf zu benachteiligen²⁶. Die Konsequenz war, daß in Jahren, in denen man – nach einem anhaltenden Abschwung wie zwischen 1927 und 1935 – einen wirtschaftlichen Aufschwung erwartet hätte, die Rezession anhielt. Inwieweit die seit den dreißiger Jahren ebenfalls zunehmende politische Instabilität Ausdruck oder Anstoß dieser Entwicklungen war, kann dahingestellt bleiben. Sicher scheint, daß die langfristigen wirtschaftlichen Probleme Argentiniens stets hausgemacht waren. Weder die Weltkriege noch die Weltwirtschaftskrise nach 1929, noch Protektion im Ausland haben das relative Zurückfallen dieses an Ressourcen reichen Landes bewirkt; allenfalls haben solche Ereignisse – wie die Agrarprotektion der Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft – die Entwicklung verstärkt.

Die Analyse hat gezeigt, daß auf lange Sicht kaum getrennt werden kann zwischen (tages)politischen Entscheidungen und langfristig angelegten institutionellen Änderungen. Die letzteren vollziehen sich oft fast unmerklich und ändern Verhaltensweisen – wie die Einstellung zur Leistung, zur Sparsamkeit oder die Risikobereitschaft. So mögen Haushaltsdefizite oder eine lockere Geldpolitik, um drohender Arbeitslosigkeit oder einer Unterversorgung mit sozialen Leistungen vorzubeugen, von Zeit zu Zeit (aktuelle) politische Berechtigung haben. Dauern solche Maßnahmen jedoch an, werden sie „institutionalisiert“: Die Menschen stellen sich darauf ein, erwarten und fordern schließlich diese Maßnahmen sogar. Wenn dann die Investitionstätigkeit nachläßt, die Inflation bedrohlich steigt und ein Land auf den internationalen Kapitalmärkten zum schlechten Risiko wird, erfordert – was tagespolitisch begann – erhebliche „strukturelle“ Änderungen der Wirtschaftspolitik. Das Problem dann ist allerdings – dies hat das Beispiel Argentiniens in den letzten 30 Jahren und besonders der jüngste Versuch einer Wirtschaftsreform gezeigt –, woher Regierungen, die lange Zeit zu schwach waren für eine solide Wirtschaftspolitik und daher viel Vertrauen in der Öffentlichkeit verloren haben, nun auf einmal die Stärke für grundlegende neue Weichenstellungen nehmen sollen.

²⁶ Die Bestimmungsfaktoren des wirtschaftlichen Niedergangs Argentiniens gleichen damit zum Teil – in bezug auf Staatsaktivität, Inflation und Lohnentwicklung – jenen, die für den ökonomischen und politischen Abstieg Spaniens seit dem 16./17. Jahrhundert verantwortlich gemacht wurden. Vgl. hierzu Peter J. Forsyth, Stephen J. Nicholas, *The Decline of Spanish Industry and the Price Revolution: A Neoclassical Analysis*. Journal of European Economic History, Vol. 12, 1983, S. 601 ff., sowie Earl J. Hamilton, *The Decline of Spain*. Economic History Review, 1st Ser., 8. 1938, S. 150-162, und auch Warner Max Corden, *Booming Sector and Dutch Disease Economics: Survey and Consolidation*. Oxford Economic Papers, Vol. 36, 1984, S. 359 ff.